**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 169 (2003)

Heft: 2

Rubrik: Bericht aus dem Bundeshaus

# Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

# **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

# Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

# **Bericht aus dem Bundeshaus**

#### **Neue Vorstösse**

## ■ Armee an die Grenzen

In seiner Interpellation weist Nationalrat Walter Hess (CVP, SG) darauf hin, dass der Bundesrat kürzlich entschieden hat, die personellen Defizite des Grenzwachtkorps durch die Armee auszugleichen. Gemäss Nationalrat Hess ist dies als kurzfristige Massnahme zu begrüssen, da die Lücke beim Grenzwachtkorps immer mehr zur Besorgnis Anlass gab. Nach den Vorgaben von USIS (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz) soll der Bund neu auch die Kontrolle in den internationalen Zügen übernehmen, was sicher im Sinne der Effizienzsteigerung der Personenkontrolle dient.

Gemäss Verfassung dient die Armee der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwer wiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

Der Entscheid, neben dem Festungswachtkorps auch weitere Armeeteile der Miliz (in erster Linie Durchdiener) bereits für ordentliche, normale Sicherheitsaufgaben des Bundes einzusetzen, stellt jedoch qualitativ einen neuen Schritt dar und muss sorgsam abgewogen werden, zumal sich die Armee XXI erst im Aufbau befindet und die Akzeptanz der Bevölkerung angesichts des angedrohten Referendums gegen die Armeereform erst noch gewonnen werden muss

Nationalrat Hess ersucht daher den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage stützt sich der Entscheid, die Armee für ordentliche Aufgaben des Bundes einzusetzen? Hat der Bundesrat vor, ein Dauerprovisorium einzurichten oder polizeiliche Aufgaben definitiv an die Armee zu delegieren?

2. In seiner Beantwortung der Motion der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates vom 17. Mai 2002 hat der Bundesrat ausgeführt, dass sich die Armee XXI an der bisherigen quantitativen Nachfrage nach subsidiären Sicherungseinsätzen orientiert. Der Bericht USIS III weist demgegenüber einen Bedarf von 600 Personen für die Sicherheitsaufgaben des Bundes aus Damit ist klar, dass die Armee nicht alle Bundesaufgaben übernehmen

kann. Welche Aufgaben, in welchem Umfang und mit welchen Elementen sollen durch die Armee erfüllt werden können? Und wie gedenkt der Bundesrat die restliche Lücke zu füllen?

3. Gemäss Planung sollen die Sicherheitszüge des FWK mit der Armeereform in die neue professionelle Militärpolizei übergeführt werden. Damit soll ein Personalabbau einhergehen. Des Weiteren soll nach Angaben des VBS die Militärpolizei primär nur armeeinterne Aufgaben übernehmen. Hat die Armee im Zuge der Armee XXI genügend personelle Ressourcen, um das Grenzwachtkorps zu unterstützen? Bisher konnten keine Erfahrungen mit Durchdienern an der Grenze gemacht werden. Ist der Bundesrat davon überzeugt, dass sich diese Rekruten für den Grenzschutz eignen?

4. Ein Armeeeinsatz an der Grenze und in ordentlichen Bundesaufgaben ist nicht kostenlos. Mit wie viel Mehrkosten ist zu rechnen?

#### Zukunft des Flugplatzes Emmen

Die Dringliche Anfrage eines CVP-Grossrates, ein Artikel in der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 23. November 2002 sowie eine Meldung im «Facts» vom 23. November 2002 bezüglich einer möglichen Schliessung des Flugplatzes Emmen hat weite Kreise der Bevölkerung in der Region Luzern verunsichert. Das Luzerner Volk reagiert nach dem Stellenabbau bei der RUAG und den Auseinandersetzungen um das Briefpostzentrum verständlicherweise sensibel auf die Ankündigung eines Stellenabbaus oder gar einer Schliessung bei einem Bundesbetrieb. Unter diesen Umständen erscheint es sinnvoll, wenn - soweit dies beim jetzigen Wissensstand möglich ist - Klarheit über die Zukunft des Flugplatzes Emmen geschaffen wird.

Hans Widmer (CVP, LU) will mit seiner Einfachen Anfrage vom Bundesrat wissen,

welche Entscheide über die Entwicklung des Flugplatzes Emmen bereits gefällt worden sind;

welche Entscheide voraussichtlich in den nächsten Jahren gefällt werden;

welcher Zusammenhang zwischen der wahrscheinlichen Entwicklung der schweizerischen Luftwaffe und der Zukunft des Flughafens Emmen besteht;

und wann Entscheide über den Bestand der schweizerischen Luftwaffe zu erwarten sind.

■ «Wie weit geht die schriftstellerische Freiheit eines höheren Bundesangestellten?»

So lautet die Einfache Anfrage von Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP, TG). Er stellt fest, dass Dr. Oswald Sigg, Chef Kommunikation VBS, und seine VBS-Sprecher beauftragt sind, den Medien Auskünfte über Vorgänge aus dem VBS zu erteilen.

Die Pflicht zur Information ist in der Regierungs- und Verwaltungsorganisations-Gesetzgebung ausdrücklich festgehalten und vom Chef VBS unterstützt.

Nun verfasst Dr. Sigg seit einiger Zeit regelmässig Kolumnen in der Gewerkschaftszeitung «work». Zwar ist jeweils in einer Fussnote erwähnt, Herr Dr. Sigg schreibe in dieser Kolumne «nicht amtlich, sondern persönlich». Immerhin befasst er sich aber nicht nur mit Fragen um Gott und die Welt, sondern auch mit Themen, welche Gegenstand seines arbeitgebenden Departements bilden und dort aktuell bearbeitet werden. Man erinnere sich an Berichte zur Affäre Bellasi. Die Verunglimpfung von Personen, auch von ParlamentarierInnen, macht Schule.

Nationalrat Baumann will vom Bundesrat u. a. folgende Auskünfte haben:

- Teilt der Bundesrat die Auffassung, wonach es für Bundesangestellte nicht angehen kann, in einem bundesfremden Medium Stellungnahmen zu politischen bzw. personellen Problemen aus dem eigenen Departement zum Besten zu geben?

- Teilt er zudem die Auffassung, dass Dr. Sigg mit seinen diffamierenden Exzessen in dieser Kolumne seine besondere Vertrauensposition als Bundesangestellter schändlich missbraucht hat?

Wie empfindet der Bundesrat die Tatsache, dass Dr. Sigg mit wohldosierten, zeitlich gestaffelten Informationen das Feuerchen in der Angelegenheit des von Bundesrat Adolf Ogi stillos freigestellten Divisionärs Peter Regli und der Administrativuntersuchung Nachrichtendienst und Südafrika am Glühen gehalten hat? Gehört es zu den Aufgaben des Chefs Kommunikation VBS, in einem hängigen Verfahren Stimmung zu verbreiten?

## ■ Bioterror

Wie steht es um den Schutz der Schweiz gegen Bioterror? So lautet die Interpellation von Nationalrat J. Alexander Bau-mann (SVP, TG). Im Hinblick auf die Vorbereitungen eines ame-

rikanischen Krieges sowohl gegen den Irak als auch gegen den weltweiten Terrorismus ist bekannt geworden, dass die USA, aber auch eine Reihe von westeuropäischen Staaten wie Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, die Niederlande und Österreich Schutz- und Vorsorgemassnahmen gegen Terrorakte mit biologischen Kampfstoffen treffen. Namentlich werden auch Impfstoffe - beispielsweise gegen Pocken - zur breiten Versorgung der Bevölkerung in Depots bereitgestellt. Allein in den USA sollen mehr als 500 000 Menschen gegen Pocken geimpft werden. Auch in unserem Land kann eine Gefährdung im Umfeld des grenzenlosen Terrorismus nicht negiert werden. Nationalrat Baumanns Fragen an den Bundesrat sind u.a.:

1. Ist die Möglichkeit von lokalen Attentaten mit biologischen Waffen als Element des Bedrohungsbildes in die aktuellen Lagebeurteilungen einbezogen

worden?

2. Ist das neue Bevölkerungsschutzkonzept einer derartigen Bedrohung gewachsen?

3. Verfügt unser Land über ausreichende Mengen an Impfstoffen, um die Bevölkerung im Rahmen einer derartigen Katastrophe ausreichend zu schützen?

4. Wie und wann wird die Bevölkerung über die vorgesehenen Massnahmen informiert?

# Raketenschutz für Atomkraftwerke

Nationalrat Rudolf Rechsteiner (SPS, BS) hat eine Einfache Anfrage eingereicht. Er bezieht sich auf einen Artikel von Oberst im Generalstab Dominique Brunner im «Schweizer Soldaten» (Nr. 11/02), der sich mit dem Risiko von Selbstmordanschlägen auf Atomkraftwerke befasst. Oberst im Generalstab Brunner schlage vor, das System «Skyshield 35» (radargesteuerte Schnellfeuerkanonen 35 mm) zu installieren, das «16 hochexplosive Granaten pro Sekunde präzis verschiesst». Zwischen der Erkennung des Flugzeugs und dem Aufprall im Atomkraftwerk bestehe eine Frist von 20 Sekunden.

Seine Fragen an den Bundesrat lauten u.a.:

- Wer entscheidet, ob und wann ein Zivilflugzeug abgeschossen wird, das sich einem Atomkraftwerk in gefährlicher Weise nähert?
- Wie erkennt die entscheidende Instanz, dass es sich nicht um ein Flugzeug handelt, das sich in einer der Transit- oder Warterouten be-

## Aus der Departementsleitung

Die Departementsleitung VBS hat im Dezember 2002 u.a. folgende Geschäfte behandelt:

#### ■ Projektstand VBS XXI

Schwergewichtig behandelte die Departementsleitung VBS die Struktureingaben der Departementsbereiche Verteidigung, Bevölkerungsschutz und ARMASUISSE (Gruppe Rüstung) sowie die hiezu notwendige Rechtsgrundlage, die Organisationsverordnung VBS.

→ Beschluss: Die Organisationsverordnung VBS wurde für die

# Ämterkonsultation freigegeben.

#### ■ Weisungen zur Kommunikationsführung

Die Weisungen haben zum Ziel, das Kommunikationskonzept VBS operativ umsetzen zu können, und definieren den Handlungsbedarf für die Kommunikationsführung in den Departementsbe-

→ Beschluss: Die Weisungen sind unter Berücksichtigung der gewalteten Diskussion und unter Einbezug der Departementsbereiche zu überarbeiten.

## ■ Forschungszusammenarbeit mit der ETHZ

Auf Grund von Gesprächen mit dem Delegierten des ETH-Rates wurde festgestellt, dass die Forschungszusammenarbeit intensiviert werden kann. So besteht beispielsweise zwischen der ETHZ und dem UVEK eine Rahmenvereinbarung. Die Kontakte sollen verstärkt werden und im Rahmen der Wissenschafts- und Technologiepolitik des VBS institutionalisiert werden.

→ Beschluss: Die Fortführung der Kontakte mit der ETHZ erfolgt durch den Rüstungschef. Er wird dementsprechend der Departementsleitung VBS einen Vorschlag für das weitere Vorgehen unter-

breiten.

findet, die mehrfach über die schweizerischen Atomkraftwerke verlaufen?

- Wird der Bundesrat Schnellfeuerkanonen Skyshield 35 für Atomkraftwerke beschaffen?

# Zivile Friedensförderung des VBS

Der Bundesrat hat Anfang Dezember 2002 die Botschaft über einen Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Friedensförderung des VBS verabschiedet.

#### Bisherige Massnahmen zur zivilen Friedensförderung durch das VBS

Die Massnahmen konzentrierten sich bisher auf die drei Genfer Zentren und ein Programm zur Förderung des freien Flusses sicherheitspolitisch relevanter Information. Es sind dies das:

# ■ Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik

Das Zentrum, 1995 gegründet, umfasst neben der Schweiz und dem Kanton Genf 20 Staaten. Es bietet u.a. sicherheitspolitische Ausbildungskurse für Diplomaten, Offiziere und zivile Beamte aus dem euro-atlantischen Raum an. Zudem übernimmt es Segmente in der Ausbildung schweizerischer Diplomaten und Offiziere.

## ■ Genfer Internationales Zentrum für Humanitäre Minenräumung

Das Zentrum, 1998 gegründet, umfasst neben der Schweiz und dem Kanton Genf 16 Staaten. Es trägt u.a. dazu bei, Verfahren und Technologien der humanitären Minenräumung weiter zu entwickeln, um die Sicherheit zu erhöhen und die Effizienz zu steigern. In Zusammenarbeit mit der UNO und der ETH Zürich hat es ein System für Datensammlung und Informationsverwaltung entwickelt, das auf die Bedürfnisse von Mine Action Centres ausgerichtet ist und in 28 Staaten eingesetzt wird.

## ■ Genfer Zentrum für Demokratische Kontrolle der Streitkräfte

Das Zentrum, 2000 gegründet, umfasst neben der Schweiz und dem Kanton Genf 33 Staaten. Es erfasst u. a. das Fachwissen auf dem Gebiet der demokratischen Kontrolle von Streitkräften und anderen staatlichen Machtinstitutionen, führt Forschungsprojekte durch und beteiligt sich am Aufbau eines Netzwerkes, um Probleme zu erkennen, Erfahrungen auszuwerten und die besten Praktiken auf dem Gebiet der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und der zivil-militärischen Beziehungen herauszufinden.

#### ■ International Relations and Security Network (ISN) an der ETH Zürich

Das ISN stellt via Internet Expertenwissen und Informationen zur Verfügung und fördert den internationalen Dialog und die Zusammenarbeit mit Hilfe moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Es richtet sich an Entscheidungsträger in staatlichen Stellen, internationalen und privaten Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen und Medien sowie an sicherheitspolitisch interessierte Privatpersonen.

Daneben werden auch verschiedene zivile Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden sowie bilaterale oder multilaterale Kooperations- und Unterstützungsprogramme unternommen bzw. unterstützt.

Nebst den erwähnten grösseren Programmen oder Projekten hat das VBS mit einer Anzahl kleinerer Kooperations- und Unterstützungsprogramme die zivile Friedensförderung unterstützt. Dazu gehören wissenschaftliche Netzwerke, die sich mit der OSZE, dem Wiederaufbau kriegsgeschädigter Gesellschaften, Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie der Verbreitung und verbesserten Durchsetzung des humanitären Völkerrechts befassen.

Mit einer ähnlichen Stossrichtung - internationale Vernetzung von Wissenschaftern und Praktikern – unterstützt das VBS das Konsortium von Verteidigungsakademien und sicherheitspolitischen Forschungs- und Lehrinstituten. Das Ziel besteht darin, einen zweifachen Austausch zu fördern: einerseits jenen zwischen militärisch ausgerichteten Verteidigungsakademien und zivil orientierten Instituandererseits jenen über Grenzen hinweg.

Ebenfalls der Förderung von Kommunikation und Austausch auf internationaler Ebene dient das alle zwei Jahre stattfindende «International Security Forum», an dem Exponenten aus Lehre, Forschung und Verwaltung teilnehmen und Möglichkeiten der Verbesserung der Kooperation von Lehre und Forschung über die Grenzen hinweg besprechen. Auf Anfrage der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina organisierte das VBS 1999 und 2001 Seminare für hohe Politiker und Militärs aus beiden Entitäten von Bosnien und Herzegowina, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska. Das VBS unterstützte auch Seminare des politisch-militärischen Steuerungsausschusses für die Partnerschaft für den Frieden in Genf und der Parlamentarischen Versammlung der NATO, bei der die Bundesversammlung den Status eines assoziierten Mitglieds hat.

# Für 2004 bis 2007 vorgesehene zivile friedensfördernde Massnahmen im Rahmen des VBS

Aufbauend auf dem Erfolg der drei Genfer Zentren soll in Genf eine «Maison de la Paix» errichtet werden, in dem alle drei Zentren räumlich vereinigt werden und das überdies auch weiteren Institutionen, die in verwandten Bereichen tätig sind, Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, ohne ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu tangieren. Das Projekt entspricht der Absicht, die Ausstrahlungskraft dieser Institutionen weiter zu erhöhen, durch eine gemeinsame Infrastruktur Kosten zu senken, die Kontakte und Zusammenarbeit mit anderen Institutionen in Genf (z. B. das Institut universitaire de hautes études internationales) zu intensivieren und das internationale Genf in einem seiner thematischen Kernbereiche - Sicherheitspolitik und Frieden - zu stärken. Nach dem gegenwärtigen Stand der Planung ist vorgesehen, dass das Gebäude etwa 2007 bezugsbereit sein wird. Zur Unterstützung der zivilen Friedensförderung des VBS sollen in bescheidenem Rahmen (etwa ein Prozent des mit dieser Botschaft beantragten Rahmenkredits) Forschungsaufträge - in der Regel an schweizerische Forschungsinstitute bzw. Wissenschafter - vergeben werden können. Diese tragen zur wissenschaftlichen Abstützung der zivilen Friedensförderung des VBS bei.

# Finanzielle Auswirkungen

Mit der Botschaft wird keine substanzielle Erhöhung der Mittel für die zivilen friedensfördernden Massnahmen im Rahmen des VBS beantragt. Ihr primärer Zweck besteht darin, wegen der sich veränderten Gesetzeslage von jährlichen Krediten auf einen mehrjährigen Rahmenkredit überzugehen. Im Voranschlag 2003 sind für die entsprechenden Massnahmen 43,125 Mio. Franken eingestellt. Der gesamte Rahmenkredit, der beantragt wird und den Zeitraum 2004 bis 2007 abdecken soll, beträgt 184 Mio. Franken. Zur Ablösung der während der Gültigkeit des Rahmenkredits eingegangenen Verpflichtungen werden entsprechende Zahlungskredite in der Planung vorgesehen:

- 2004: 44,284 Mio. Franken
- 2005: 45,116 Mio. Franken
- 2006: 45,116 Mio. Franken
- 2007: 49,484 Mio. Franken

# Stand der Beratungen

Im Januar 2003 haben sich die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates sowie die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates mit der Botschaft befasst und grünes Licht für die parlamentarische Beratung im Nationalrat (Erstrat) in der Frühjahrssession 2003 gegeben.